

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
ganjährlig 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich, 8 1/2

7. Jahrgang.

Freitag, 11. November 1927.

Nr. 264.

Das „Niveau des Parlaments“ und Herr Svehla.

Gegen den Ministerpräsidenten wird seit langem der Vorwurf erhoben, daß er das Parlament brüskiere und ignoriere, daß er nie im Sitzungssaal des Parlamentes, weder in dem des Abgeordnetenhauses, noch in jenem des Senates, außer bei besonders wichtigen Bestimmungen auf kurze Zeit erscheine und es entgegen den Gepflogenheiten in jedem andern Parlament, unterlasse, Rede und Antwort zu geben. Als Antwort darauf dreht nun der Ministerpräsident den Spieß um und tritt als Ankläger des Parlamentes auf. In seiner Rede, deren Wert im wesentlichen in ihrer Seltenheit liegt, sagte er, es sei das gerade Gegenteil von der Behauptung wahr, daß er Animosität gegen das Parlament zeige, denn niemand beschäftige sich so viel mit dem Problem des Parlamentarismus wie er. Die Frage, wie es möglich wäre, das Parlament zu erheben und es zur Arbeit fähiger zu machen, sei für ihn eine wichtige Sorge, denn programmäßig stehe er auf dem Prinzip der Demokratie und er glaube nicht an die Phrase von der Krise des Parlamentarismus und der Demokratie. Aber — und nun folgt seine Anklage — zwischen dem Plenum des Hauses und seinen Ausschüssen bestehe der Unterschied, daß hier sachlich und fleißig gearbeitet werde, während dort eine gewisse Theatralität herrsche, viel Energie nutzlos verthan werde und der Sitzungssaal sich sehr oft in eine Vertikalisierung verwandle, wie man sie anderswo vergeblich suchen würde. Das Niveau der Parlamentaristik sei herabgewürdigt worden, denn es sei im Plenum nicht nur auf die allerprimitivsten gesellschaftlichen Formen, sondern auch auf die persönliche Ehre und die körperliche Sicherheit keine Rücksicht genommen worden.

Wer vom tschechoslowakischen Parlament und der tschechoslowakischen Politik nichts kennt als eine der gelegentlichen Lärm- und Strawall-zenen oder den während der gehaltenen Reden oft leeren Sitzungssaal, der wäre versucht, dieser Rede Berechtigung zuzusprechen. Ja, es ist wahr, daß es in unserem Parlament mitunter sehr lebhaft und sogar turbulent zugeht. Es sei auch zugegeben, daß es ganze Parteien gibt, die mit besonderem Eifer theatralische Lärm-zenen inszenieren, um ihren Wählern Wahrnehmung ihrer Interessen vorzutäuschen, und daß noch öfter der Saal vor Rede gähnt. Aber wenn Herr Svehla glaubt, damit sein oft monatelanges Fernbleiben von den Sitzungen des Hauses rechtfertigen zu können, so irrt er sich. Der Ministerpräsident macht sich, gelinde gesagt, einer schiefen Darstellung schuldig, wenn er die Abgeordneten und Senatoren gewissermaßen als die schlimmsten Vuden hinstellt, deren schlechte Sitten und mangelnde gesellschaftliche Erziehung es verschulden, wenn ihnen ein auf Anstand und Würde seiner Ehre bedachter Minister aus dem Wege geht, während Herr Svehla sich gleichzeitig als warmer Freund der Demokratie und des Parlamentarismus vorstellt, der Tag und Nacht darüber nachdenkt, wie man das tiefe Niveau des Parlamentes heben könnte. Schlechte Sitten haben nicht immer nur Parlamentarismuskritiker gezeigt, wir erinnern uns an einen Minister, der im Sitzungssaal die Zunge herausstreckte, auch gibt es eine draconische Geschäftsordnung und eine starke Parlamentswoche, um die Pulse und die körperliche Sicherheit der Minister zu schützen. Strawalle hat es auch im österreichischen Parlament gegeben, ohne daß es einem Minister eingefallen wäre, darin einen Vorwand zu sehen, um die Sitzungen zu schwänzen, an heftigeren Antritten hat es zudem in keinem Parlament, nicht einmal im englischen, gefehlt. Im übrigen ist bei uns noch kein Minister ein körperlicher Schaden zugefügt worden, und daß ein Minister mit Zurufen überschüttet wurde, das mag wohl peinlich, aber öfters nicht unberechtigt gewesen sein, keineswegs kann ihn dies berechtigen, auf das Parlament „böse“ zu sein. Seht es im Senat nicht weit ruhiger und „gestüteter“ zu und hat der Ministerpräsident

diese Kammer nicht ebenso gemieden wie das Abgeordnetenhaus? So schrumpft die Anklage des Herrn Svehla, der sich hinter ihr verchanzt, um seinen über das Parlament verhängten Boykott plausibel erscheinen zu lassen, in eine haltlose Kasrede zusammen. Nichts als Ausrede ist es auch, wenn er auf die fleißig und sachlich arbeitenden Ausschüsse im Gegensatz zu dem nach seiner Behauptung des Ernstes ermangelnden Plenum hinweist.

Würde Herr Svehla die Sorge um die Hebung der Würde und des Ansehens, der Arbeitsfähigkeit und des Niveaus des Parlamentes wirklich so tief sitzen, wie er vorgibt, er dürfte sich nicht mit dem Hinweis auf gewisse Uebel und Unvollkommenheiten begnügen, er müßte den Nachweis wagen, was er in seiner langen Ministerpräsidentenschaft zur Besserung getan hat. Mit Deklamationen allein, die noch dazu zur eigenen Verteidigung vorgetragen werden, befreit man Uebelstände ebensowenig, wie mit der platonischen Versicherung, daß man programmäßig auf dem Prinzip der Demokratie und des Parlamentarismus stehe. Er müßte sein eigenes Gewissen erforschen und ehrlich feststellen, was an dem „Niveau“ des Parlamentarismus die Schuld trage. Gewiß, das tschechoslowakische Parlament hat eine geringe Tradition und es hat das Erbe des österreichischen Parlamentes nur insofern übernommen, als es sich seine Ansätze, nicht auch seine Vorzüge angeeignet hat. Aber hat Herr Svehla sich je mals bemüht, sein Führer und Lehrer zu sein? Von allem Anfang an hat er ihm seine Mißachtung durch die Rolle, die er ihm zwies, aber auch schon rein äußerlich durch sein konsequentes Fernbleiben von den Verhandlungen des Hauses bewiesen. Viele der Reden, die gehalten werden, gleichen Selbstgesprächen, denen niemand zuhört, und warum? Weil Svehla das Parlament zur Ohnmacht verurteilt hat, weil jeder weiß, daß selbst durch die überzeugendste Rede und die gewichtigsten Argumente nichts, aber auch gar nichts geändert werden kann. Svehla ist der Erfinder jenes das Parlament ruinierenden Systems, das alles Schwergewicht in die Koalitionsausschüsse — nicht in jene des Parlamentes! — verlegt und das dem Parlament nur die von Reden begleitete Funktion des Abstimmens überläßt. Ein Ministerpräsident, dem jeder Sinn für die Rolle der Opposition im parlamentarischen Leben fehlt, der jede Opposition nur für lästig hält, der nie die Gelegenheit gesucht hat, sich mit ihr geistig auseinanderzusetzen, der nie mit ihr ein Kompromiß sucht, der jedem Verhandeln, jeder Verständigung mit ihr ausweicht und ihr nicht den geringsten Erfolg bei der Gestaltung der Gesetzesvorlagen gönnt, von dem kann man sagen, auch wenn man ihn als grundsätzlichen Anhänger der Demokratie gelten lassen wollte, daß ihm selber jede demokratische Tradition und jedes Verständnis für das Wesen der Demokratie vollständig fehlt. Der Ministerpräsident hat vom Parlamentarismus nicht viel mehr als die äußere Form bestehen lassen, wundert er sich da wirklich, wenn das Interesse für die Verhandlungen inner- und außerhalb des Hauses gesunken ist? Die Gesetze, die unter seiner Regide vom Parlament zur unveränderten Annahme vorgelegt werden, haben oft genug gewaltsamen Charakter und in keinem anderen demokratisch regierten Lande ist schon so oft auf Arbeiter geschossen worden wie bei uns; ist der Herr Ministerpräsident wirklich erstaunt, wenn sich die durch seine Regierungskünste hervorgerufene Erregung mitunter im Sitzungssaal des Parlamentes entlädt? Die oppositionellen Abgeordneten können reden und reden, Herr Svehla verstößt sich die Ohren; ist es da so ungeheuerlich, wenn die Abgeordneten wenigstens zum Fenster hinaus zu reden suchen?

Der Ministerpräsident wird durch alles aufgewendete Pathos nicht verhüten können, daß man sein Bedauern über das gesunkene Niveau des Parlamentes als Unaufrichtigkeit ansehen wird. Niemand im Staate trägt ein so großes Maß persönlicher und politischer Schuld daran wie er.

Die Wirtschaft auf den Staatsbahnen.

Rein kaufmännischer Betrieb. — Die Tarifpolitik geht weiter. — Verfehlte Tarifpolitik. — Unrühige Lieferungsengeschäfte. Scharfe Kritik des Genossen Bohl im Budgetauschuß.

Prag, 10. November. Der Budgetauschuß des Abgeordnetenhauses nahm heute vormittag in Anwesenheit der Minister Rosel und Rajman das Budget des Post- und des Eisenbahnministeriums in Verhandlung, worüber der Gewerkeparteieler Belarel referierte. Die Ausgaben der Hoheitsverwaltung betragen beim Eisenbahnministerium 30 Millionen, denen Einnahmen in derselben Höhe gegenüberstehen; die Betriebsausgaben sind mit 414 Millionen veranschlagt, die Betriebsgewinne mit 4575 Millionen. Der Betriebsgewinn beträgt also 161 Millionen, um 25 Millionen mehr als für hener präliminiert war.

In der Debatte verlangte Svoboda (tsch. Soz. Dem.) Aufklärung über die geplante Verpachtung der Staatsbahnen, gegen die er scharfsten protestierte. Chlouba (Kom.) führte Beschwerde darüber, daß die Restriktion hauptsächlich gegen Kommunisten und gegen Angestellte, die nicht der Staatsnation angehören, angewendet wurde.

Der Sprecher der deutschen Regierungspartei, Windirsch, beschränkte sich darauf, deutsche Orientierungsposten in den Waggons zu verlangen und für Gebirgsbahnen eine Verlängerung der Ausladefristen zu fordern, damit die arme Bevölkerung keinen Lagerzins zahlen müsse. Größere Schmerzen haben die Aktivisten hinsichtlich der Staatsbahnen also nicht!

Nach ihm befahte sich Genosse Bohl.

auf gründliche Sachkenntnis gestützt, in fast einstündiger Rede mit den vielen Mängeln auf den Bahnen, die er einer außerordentlich scharfen Kritik unterzog. Er führte u. a. aus:

Dem Budget der Staatsbahnverwaltung kommt eine große wirtschaftliche Bedeutung zu, da sie über 140.000 Personen beschäftigt; daher müssen zu seiner Beurteilung zunächst volkswirtschaftliche Momente angeführt werden. Die Verwaltung der Staatsbahnen soll nach kaufmännischen Gesichtspunkten betrieben werden; dieser Grundsatz hat aber bisher am allerwenigsten Anwendung gefunden.

Die Bahnen erbilden nicht in den Nachgängen ihre Kunden; sie werden vielmehr rein bürokratisch geleitet. Auch gegenüber dem Personal geht die Staatsbahnverwaltung nicht kaufmännisch vor.

Zeit acht Monaten wird über die Gehaltsbedingungen verhandelt; und man hat durch die Art, wie Ministerium und Regierung diese Frage behandeln, die ganze Wirtschaft gefährdet.

Der Herr Minister wird uns ausführlich antworten müssen, wie sich die Verhandlungen gestaltet haben und ob die Grundlage, auf der sie abgeschlossen wurden, eine die Staatsbeamten zufriedenstellende Lösung des Problems ermöglicht.

Der Herr Minister wird auch Aufklärung geben müssen, wie die Regierung sich zu der

Verpachtung der Staatsbahnen

stellt. Wir haben viele Meldungen und auch Äußerungen des Eisenbahnministers darüber gehört, doch war daraus nie ein genauer Standpunkt zu ersehen. Ich halte es für unbedingt notwendig, daß der Minister über die Verpachtung eine erschöpfende Auskunft gibt, denn diese Frage kann nur vom rein finanziellen Standpunkt aus betrachtet werden.

Wir sind grundsätzlich Gegner des Privatbesitzes an staatlichen Betrieben, denn diese müssen so geführt werden, daß sie ihren öffentlichen Zweck erfüllen und in sozialpolitischer Hinsicht als Musterbetriebe gelten können.

Der Vorschlag bietet lebhaften Anlaß zur Kritik.

Der Stand der Beschäftigten ist von 150.000 auf 143.000 zurückgegangen. Es ist bezeichnend, daß der Aufwand für die Bezüge um 59 Millionen niedriger ist als nach dem Vorschlag für 1927 und daß nach den Zeitungsmeldungen die Regierung den Eisenbahnern jetzt 80 Millionen zum Ausgleich der Bezüge zur Verfügung stellen will. Das würde bedeuten, daß dann die Angestellten erst annähernd so viel hätten, als ihnen schon früher zutraf!

Ich komme nun zu der

nationalen Frage

bei der Eisenbahnverwaltung. Ich wundere mich sehr, daß der Abgeordnete Windirsch an den

Eisenbahnminister die Frage richtete, wann der Aufschreibensauftrag aufgehört wird. Die deutschen Regierungsparteien hätten doch diese Uebelstände doch wenigstens teilweise schon beseitigen können!

Bahnen, die keinen Kilometer tschechisches Gebiet berühren, haben Ausschritte, die kein einziges deutsches Wort enthalten. Das ist eine unerhörte Brückierung der deutschen Bevölkerung!

Der Herr Justizminister hat gestern eine Statistik über die Nationalität der Richter mitgeteilt. Eine solche Zusammenstellung wäre auch für den Eisenbahn- und Postdienst sehr notwendig. Für den Kollegen Windirsch wäre es nahelegend gewesen zu fragen,

wie viele deutsche Angestellte seit dem Eintritt der Deutschen in die Regierung bei Eisenbahn und Post wieder eingestellt wurden.

Wenn hier positive Erfolge zu verzeichnen wären, so würden viele Bedenken gegen die deutschen Regierungsparteien zum Schweigen kommen. Viele Tausende deutscher Staatsangehöriger wurden abgebaut, die noch lange dienstfähig waren, und durch Personen ersetzt, die die Qualifikation und Eignung nicht besitzen. Zahlreiche Konduktoren in deutschen Gegenden können sich mit den Reisenden nicht verständigen, wodurch oft den Reisenden große Nachteile erwachsen.

Auch unsere Tarifpolitik bedarf schon seit langem einer Revision.

Ich möchte nun das Kapitel „Kohlenpreise“ herausgreifen. Diese sind bei uns wesentlich höher, als in den Nachbarländern. Ich weiß nicht, ob die Eisenbahnverwaltung eine Abnung davon hat, wie sehr sie mit dieser Tarifpolitik manchen Industriezweig schädigt. Wir verlieren nach und nach den innerösterreichischen, besonders den Wiener Markt. Ähnlich verhält es sich mit der Tarifpolitik im allgemeinen. So ist neuer eine Tarifherabsetzung für Zuckerrübe und Rübenschnitzel durchgeführt worden, die an sich schon gegenüber allen andern Gütern begünstigte Tarife haben. Wir benötigen jede Herabsetzung, weil ja dadurch schließlich das ganze Volkswirtschaftsleben gewinnen kann.

Aber ist das kaufmännisch, den Rübenbauern und Zuckerrübenfabrikanten, die sich über die heutige Mühenwerte wahrlich nicht zu beklagen haben, 19 Millionen an Tarifen nachzulassen?

Wir sehen in dieser Tarifpolitik keine Annäherung an eine vernünftige Tarifpolitik, welche den Wert des beförderten Gutes und die Menge berücksichtigt. Wir wollen, daß die Tarife nicht vom parteipolitischen Machtspruch aus diktiert werden.

Auch bezüglich der Art der Vergütung der Lieferungen müssen wir konstatieren, daß hier bereits seit Bestand des Staates ein großes Geheimnis obwaltet.

Erst in der letzten Zeit erühren wir manche Details lediglich aus dem Umfand, daß es mit den Lieferungen nicht recht zugeht. Ich erinnere nur daran, daß ich die Skandale bezüglich der

Korruption bei Vergabung der Staatsbahnkohle

im Hause seinerzeit in der eingehendsten Weise trieffert habe, ohne daß bisher eine Antwort erfolgt wäre. Diese Zustände reichen allerdings in eine Zeit zurück, wo der jetzige Eisenbahnminister noch nichts dabei zu tun gehabt hat. Vom heutigen Jahre angefangen sollen bei Kohlenlieferungen die Zwischenhändler ausgeschaltet worden sein. Die Sache ist aber damit nicht erledigt, denn man weiß, daß diese Zwischenhändler mittlerweile selbst Millionäre und Grubenbesitzer geworden sind und es verstanden haben, sich noch für Jahre hinaus Verträge auf Staatsbahnlieferungen zu sichern. Vor mir liegen Daten aus dem Jahre 1925 über die Vergabung der Braunkohle. Damals hat von zwei Millionen Tonnen

der Konzern Steiffal — Franz Stridbruh

1,2 Millionen zugewiesen erhalten. Früher müßten eine Reihe anderer Gruben ihre Betriebe einstellen, weil die Staatsbahnverwaltung erklärte, es sei unkaufmännisch, ihre minderwertige Kohle abzunehmen. Die Zählche des genannten Konzerns produzieren aber Kohle von noch schlechterer Qualität und trotzdem erhielten sie Lieferungen für die Staatsbahnen!

Im Jahre 1925 hat der Staat dadurch sicher einen Schaden von 50 Millionen erlitten!

Wo sind diese 50 Millionen? Vergleichen Sie nur den heutigen Besitz dieser Leute mit dem, was sie beim Umsturze besaßen, und Sie werden schon darauf kommen.

Die Union-Kohlenbergbau-Gesellschaft produziert auf dem Angersbacher Kohle, die mit 7 K zu erhalten ist, die Staatsbahn kauft sie um 11 Proz. Durch Vermittlung Steffels hat der Elektro-Schacht der Dux-Bodenbacher Bahn die Lieferungen von 24.000 Tonnen bekommen, und zwar zum Preise von 20 K, während der Verkaufspreis 11 K betrug!

Wir haben in einer Interpellation eine Untersuchung dieser Vorgänge gefordert und auch eine Untersuchung über die Beziehungen maßgebender Beamter des Eisenbahnministeriums zur „Prodejna a nakupna“ in Prag II verlangt. Darüber ist bis jetzt noch keine Antwort erfolgt und es wird auch keine erfolgen.

Leider gibt uns der Vorschlag nicht die Hoffnung auf eine Besserung zu. In dem Berichte zum Budget heißt es, daß bis Ende Juni die Waggonbestellung

eine zufriedenstellende gewesen ist. Das bezieht sich jedoch gar nicht, da nur die Bestellung im September und Oktober ausbleibend ist. Im Oktober wurden aber in allen Kohlenrevieren 52.000 Waggon weniger beigegeben, als bestellt wurden. Die tschechoslowakische Staatsbahnverwaltung hat sich eben bis heute den besonderen Anforderungen während der Rübencampagne nicht anpassen verstanden. Dabei muß man noch berücksichtigen, daß die Rübne höchstens zwei Monate im Jahr befördert wird, Kohle aber das ganze Jahr. Man muß für diese zwei Monate einen verhältnismäßig hohen Wagenpark halten, der dann unbenutzt steht, aber

trotzdem zahlt die Rübne nur 6 Prozent ihres Wertes für die Bahnfracht, die Kohle jedoch 22,6 Prozent!

Ein schmerzlicher Umstand ist es auch, daß die Verteilung der Waggon nicht gleichmäßig prozentuell auf die einzelnen Reviere erfolgt, so daß

sehr viele Feierschichten eingelegt werden müssen. Gerade im Herbst wären für die Kohlenreviere, die im Sommer Kurzschichten einlegen, Bestellungen da, aber trotzdem

müssen die Arbeiter zwei-, dreimal wöchentlich feiern, weil wieder keine Waggon vorhanden sind.

Die ganzen Verhältnisse bei der Staatsbahnverwaltung sind demnach nicht derart, daß wir den Bericht des Ministeriums und den Staatsvoranschlag zur Kenntnis nehmen könnten!

In der Nachmittagsitzung befaßte sich Chalupa (tschech. Soz.-Dem.) mit den Personalfragen bei der Post und verwies auf die Beschwerden der Organisations der Postangestellten über die Systemisierung.

Jung (Nat.-Soz.) beklagte sich ebenfalls über den Bürokratismus bei den Bahnen und verlangt Berücksichtigung der nationalen Verhältnisse. Von deutschen Rednern spricht noch Dr. Roske (Deutschnat.), der unter Bezug auf die Wendung Sbechlas von der Bezahlung der Aktivisten diesen unter allgemeiner Heiterkeit jurist: Holt euch nur jeden Samstag einen Obolus und laßt euch nur bezahlen. Wir werden gar nichts dagegen haben. Wir sind nicht so nobel! Redner befaßt sich dann mit der Tariffrage und protestiert unter anderem gegen die Begünstigung des Triester Hafens aus politischen Gründen gegenüber den deutschen Häfen.

Gegen 10 Uhr abends wurde die Debatte abgebrochen. In der morgigen Sitzung wird Minister Rajman sein Exposé halten.

Mahr-Garting deckt die Konfiskationen

Die Zahl der Konfiskationen heuer fast verdoppelt.

Justizminister Dr. Mahr-Garting erstattete Dienstag nachmittags dem Budgetausschuß — angeblich in einem bereits ziemlich fehlerhaften Tschschisch — gelegentlich der Behandlung seines Reports ein ausführliches Exposé, in dem er sich zunächst mit der Systemisierung der Richterstellen befaßte. Durch die Systemisierung seien nicht alle Hoffnungen erfüllt worden, die die Justizverwaltung gehegt habe; der Minister verspricht, bei sich ergebenden Umständen die notwendigen Anträge zu stellen. Am möglichst bald die freien systemisierten Richterstellen zu besetzen, seien Schritte unternommen worden, um den richterlichen Vorbereitungsdienst der Richteramtswärter abzufürzen. Was

das Nationalitätenverhältnis unter den Richtern

betrifft, sind von 2770 Richtern 1177 oder 67,6 Prozent tschechoslowakischer, 695 (25,1 Proz.) deutscher, 121 (4,3 Proz.) ungarischer, 51 (2,1 Proz.) russischer und 26 (0,9 Proz.) jüdischer Nationalität, ein Verhältnis, welches im ganzen auch dem nationalen Verhältnisse entspricht.

Den Wünschen betreffend das Sprachenrecht werde „in den durch die geltenden Sprachbestimmungen gebotenen Grenzen nach Möglichkeit entsprochen.“

Zur Verbesserung der Vorrichtungsverhältnisse werde gesetzlich eine Altersgrenze für Richter festgesetzt werden.

Der Minister kündigte ferner an, daß die Kommission zur Schaffung eines neuen bürgerlichen Gesetzbuches bereits an der Superrevision des Entwurfes arbeite. Der Entwurf eines Gesetzes über die Angestellten in höheren Privatdiensten, welches das Handlungsgehilfengesetz ersetzen soll, sei leider noch immer im Stadium der Beratung mit den Interessenten. Der Entwurf eines neuen Strafgesetzes und einer neuen Strafprozeßordnung sei bereits ausgearbeitet, doch werde es notwendig sein, bis zur Gesetzgebung der Entwürfe die dringendsten Fragen durch Novellen zu lösen. Der Gesetzentwurf gegen pornographische Werke und die Schundliteratur werde demnächst der Nationalversammlung vorgelegt werden. Der Straßvollzug an politischen Verbrechern soll erst im Entwurf der neuen Strafprozeßordnung geregelt werden; in diesem Entwurf sollen auch die Geschworenengerichte neu organisiert werden. Die dringendste Arbeit sei die

*) Ueber dieselben Sprachenbestimmungen äußerte sich der Herr Minister, damals allerdings noch simpler Abgeordneter, am 16. März 1926, also vor knapp einjährig Jahren, im Abgeordnetenhaus folgend:

„Und die Sprachenverordnung? Darüber zu sprechen erübrigt sich wohl nach den vernichtenden Vorreden meiner Partei- und Gesinnungsgenossen. . . . Daß dieses Sprachengesetz nicht die richtige Lösung ist, das zeigt ein Blick auf die Schweiz, auf Belgien, auf Finnland und auf eine ganze Reihe anderer Länder, wo nicht die Gewalt, sondern die Vernunft regiert. Ich sage, daß eine solche Verordnung sogar diesem sogenannten Sprachenrecht in einer Weise widerspricht, daß sie, wenn es noch Richter in der Tschechoslowakei gibt, zu einem großen Teil niemals praktische Geltung erlangen darf. Wahrscheinlich, der Grund genug, einer Regierung das Mißtrauen auszusprechen, die ein derart unheilvolles System deckt. . . . Einer Regierung, die für uns nur eine tschechoslowakische Sprachenverordnung kennt, bringen wir unser schärfstes Mißtrauen entgegen.“

Reform der Jugendgerichtsbarkeit, da insbesondere das Anwachsen der schweren Kriminalität bei Jugendlichen bedenklich sei.

Der allgemeine Stand der Kriminalität hat sich gegenüber 1925 nicht wesentlich geändert. Im Jahre 1925 wurden von den Bezirksgerichten 183.608, im Jahre 1926 181.748 Personen verurteilt, von den Gerichtshöfen erster Instanz in derselben Zeit 20.678, bzw. 20.898 Personen.

Auffallend sei das Ansteigen der Pressebeleidigungsprozesse vor den Schöffengerichten. Durch Vergleich wurden im Jahre 1926 697 solcher Prozesse gegen 575 im Jahre 1925, nach der Hauptverhandlung 538 gegen 245 im Jahre 1925 erledigt.

Zur Konfiskationspraxis

erklärte der Minister folgendes:

„Der Widerhall und die Kritik der verschiedenen öffentlichen Organe des laufenden Jahres in der Presse haben häufig die durch die geltenden Gesetze festgesetzten Grenzen überschritten und haben ein Steigen der Zahl der Konfiskationen zur Folge gehabt. Gegen 833 Konfiskationen in der Zeit vom 1. Jänner bis zum 25. Oktober 1926 ist deren Zahl in der gleichen Zeitperiode des laufenden Jahres auf 1522, das ist um 689 (oder 82,7 Prozent) gestiegen. Gegen Beschlagnahmen wurden im ganzen in 102 Fällen Rechtsmittel ergriffen, jedoch nur in einem einzigen Falle wurde die Konfiskation ganz und in fünf Fällen teilweise aufgehoben. In allen übrigen Fällen hatten die Rechtsmittel keinen Erfolg. Die subjektive Verfolgung wurde nur in Ausnahmefällen eingeleitet und endete gewöhnlich mit der Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obforge. Eingestellt wurde je eine Zeitschrift in tschechischer und deutscher Ausgabe.“

Angesichts dieser ungeheuerlichen Ziffer hatte der Minister noch die Sorge zu versichern, daß er sich für eine möglichst milde und schonende (!!) Handhabung der Zensur einsetze, und daß der Grund dafür, daß es nicht gelungen sei, die Anzahl der Konfiskationen einzuschränken, nicht in der strengeren Durchführung der Zensur, sondern in der schärferen Schreibweise der Presse liege!

Für Gendarmerie und Polizei ist Geld genug da.

Helms und Säbel feiern ihre Auferstehung.

Innenminister Cerny erstattete Mittwoch abends im Budgetausschuß ein längeres Referat über sein Ressort, in dem er zunächst unter den vorbereitenden Arbeiten zur Durchführung der Verwaltungsreform die Aktivierung der Landes- und Bezirksämter, der Vertretungen und Ausschüsse, sowie eine Neuordnung der Verwaltungsgerichtsbarkeit ankündigte. Es lasse sich mit Bestimmtheit erwarten, daß infolge der Verwaltungsreform die Verwaltungsausgaben sinken (?) werden. Unter anderem kündigte er eine Vorlage über die gesetzliche Regelung der Reisepässe für die nächste Zeit an. Ferner werde im Ministerium derzeit an der Umfizierung und Reform der Verwaltungs- und Vereinigungsgesetze, des Theatergesetzes und des Waffengesetzes gearbeitet. Der Minister befaßte sich dann in ausführlicher Weise mit dem Bauprogramm für die neuen Landes- und Bezirksämter, sowie für verschiedene Polizeiamter und kündigte eine ganze Reihe von Neubauten an.

Dann befaßte sich der Minister mit dem Kapitel „Gendarmerie und Polizei“.

Er kündigte an, daß mit Beginn des nächsten Jahres die Gendarmerie mit Diensthelmen und kurzen Säbeln sowie mit Repetierpistolen neu ausgestattet werden wird.

Die Gendarmeriestationen sollen nach Möglichkeit Telefonverbindungen erhalten, außerdem wurde eine größere Anzahl von Rädern für Dienstzwecke angekauft. Schon am 1. Jänner werden in der ganzen Republik 40 eigene Gendarmeriefahndungsstationen errichtet werden, die sich mit der Verfolgung schwerer Verbrecher befassen und daneben auch die Eigentümer in Evidenz halten und die Straßenpolizei auf öffentlichen Kommunikationen ausüben sollen. Falls Gendarmen im Dienste invalide geworden oder gefallen sind, werden ihnen, bzw. ihren Hinterbliebenen nach einem Ministerratsbeschlusse Unterstützungen von 5000 bis 50.000 K ausbezahlt werden.

Auch der Polizeidienst soll „modernisiert“ werden.

In der letzten Zeit wurde für die größeren Polizeiamter eine Reihe von Motorfahrzeugen, für die Prager Polizei sogar ein eigenes „Verkehrsautofahrzeug“, angekauft. Die Prager Polizei soll auch moderne Repetierpistolen und eine Seitenwaffe erhalten.

Zierhut klagt die sozialdemokratische Presse.

Ein verspäteter Entschluß.

Reichlich spät nach unserer ersten Veröffentlichung der Gerichtssakten aus dem Prozeß Zierhut kontra Waplik-Antsch, verlaublich die „Landpost“, daß sich der aktivistische Führer und Abgeordnete Zierhut entschlossen hat, gegen die sozialdemokratischen Blätter die Preklage einzubringen. Natürlich versucht das agrarische Blatt den Fall zu bagatelisieren und spricht von „Weibertratsch“ und „Klatschereien“, die wir angeblich nur zu Wahlzwecken wieder aufgewärmt haben. Die „Landpost“ sollte vorsichtigerweise das Urteil über die Bedeutung der Angelegenheit der Öffentlichkeit überlassen und sie sollte vor allem dem Spruch der Richter, die Zierhut nun einmal angerufen hat, nicht vorgreifen.

Wir werden über den Verlauf dieses Preklageprozesses zur gegebenen Zeit ausführlich berichten.

Der Rechts- und Verfassungsausschuß

des Abgeordnetenhauses verhandelte am 10. November unter dem Vorsitze Dr. Měšura über die Initiativanträge der tschechischen Agrarier auf Unterstützung der mährisch-schlesischen Elektrifizierungsgesellschaft in M. Odrau und der deutschen Nationalsozialisten und Christlichsozialen wegen Verwendung der Schuldverschreibungen der Stadt Troppau. Infolge erhobener Bedenken seitens des Vertreters des Finanzministeriums wurde die Erledigung beider Vorlagen vertagt. Hierauf wurde der vom Senat bereits genehmigte Regierungsentwurf auf Errichtung von Zwangsarbeitskolonien durch die Länder in Verhandlung gezogen. Das Gesetz sieht ferner vor, daß auch in der Slowakei und Karpathenland Personen unter Polizeiaufsicht gestellt werden können. In der Debatte sprach sich nach den tschechischen Sozialdemokraten, Dr. Melichner und Dr. Derer, auch Gen. Schweichhart gegen die antisoziale, reaktionäre Tendenz der Vorlage aus und stellte eine Reihe Änderungsanträge, die sich unter anderem auf den Schutz der freien Arbeiterschaft vor der Schmutzkonturen der Zwangsarbeitskolonisten sowie die Verhinderung der Anwendung des Gesetzes bei Ver-

Der falsche Brinz.

10 Leben und Abenteuer.

Von Harry Tomela.

Im Wartesaal war es noch ganz still. Auf den Bänken lagen einige ausgestreckt und schliefen. Ich setzte mich, konnte jedoch kein Auge zutun; zu stark war die Erregung der beiden letzten Tage gewesen. Eine einfache Frau mit einem Kofferchen setzte sich zu mir. Sie machte den Stoff auf und nahm einige große Butterbrote heraus. Dann bestellte sie sich Kaffee und begann langsam und ohne sonderlichen Appetit, sozusagen aus reiner Gewohnheit, zu essen. Ich sah da und starrte mit brennenden Augen gierig auf das Brot, dessen Anblick mir Höllqualen bereite. Falls ich sie bitten würde, die süße, einfache Frau, mir ein Stück Brot mitzugeben, vielleicht würde sie es tun. Ganz bestimmt wird sie es tun, dachte ich. Toll ich . . . ? Ich wagte nicht, sie darum zu fragen. Aber immer und immer wieder kam mir der Gedanke: Zu es doch, sie steht gut und freundlich aus. — Ich kann es nicht mehr aushalten. Ich setze mich zu ihr. Ich forme die Lippen. — aber ich kriech kein Wort heraus. Immer wieder lege ich mir die Worte zurecht, bekomme aber keine Silbe heraus, alles bleibt mir in der Kehle stecken. Noch immer sitzt die freundliche Alte vor mir und ist seelenruhig. Ich räuspere mich und nehme mir vor, langsam bis zwanzig zu zählen und sie dann ganz bestimmt anzusprechen. Ich fange an, langsam: eins, zwei, drei, vier . . . komme bis fünfzehn, da erhebt sich das Mütterchen, nimmt ihr Kofferchen, packt alles drin ein und geht. Die Frauen stehen mir in den Augen. Ich sehe sie in die Bahnhofshalle hinausgehen. Ich sehe auf und

folge ihr von weitem, bis sie meinem Auge ent- schwimmt.

Draußen vor dem Bahnhof herrschte schon reges Leben. Unfähig, zu denken, taumelte ich mehr als ich ging, die Potsdamer Straße entlang. Brot! Nur ein Stück Brot! Alle Menschen gingen ausgelassen und gleichgültig an mir vorüber. Sahen sie mir denn nicht an, daß ich mich kaum noch auf meinen Füßen schleppen konnte? Wieder verging Stunde auf Stunde. Es mochte zehn Uhr morgens sein. Da stand ich am Lützowufer und sah mir die vornehmen Häuser an. Dienstmädchen mit sauberen Schürzen und kleinen Körben worten Milch und dergleichen ein. Falls du hier in diesem reichen Hause um etwas bitten, kriegst du bestimmt etwas, dachte ich; so viele machen es ja und haben nicht so unheimlichen Hunger wie du. Ich trat vor die Türe, ich wollte über die Schwelle gehen, da hielt mich irgend etwas noch zurück, ich kämpfte, stärker aber als alle Entwände und Vorwürfe waren der Selbsthaltungstrieb und der qualende Hunger; die letzten Reste meiner bürgerlichen Selbstachtung schienen von mir abzufallen, als ich dann über die Schwelle des vornehmen Bürgerhauses trat. Ich schlich mich die Treppe hinauf, schen und verschloß. Ich saß vor der ersten Türe. Drinnen wird gesprochen. Ich höre Stimmen, die mich schreien. Sollst du . . . ? Ich fasse Mut, drücke auf die Klingel, ganz zaghaft, und warte mit Herz klopfen. Eine Weile, Ewigkeiten! Dann quillt jemand durch das Guckloch der Türe. „Was wollen Sie?“ Mir ist die Kehle zugeschnürt, ich bringe keinen Ton heraus. Ich fühle, wie ich gemustert werde, dann höre ich, wie eine Stimme sagt: „Nur ein Bettler . . .“ Ich werde plötzlich über und über von mein Kopf gäh. Ich höre nur das eine Wort in meinen Ohren gellen: Nur ein Bettler . . . Jetzt war ich also ein Bettler! Tränen raten mir in die Augen, die ich mir rein mechanisch abwischte. Unbemert war darüber eine Frau die Treppe

heruntergekommen, sie sieht mich argwöhnisch an.

„Was machen Sie denn hier?“ Ich kann nichts erwidern und will gehen. „Na, rennen Sie doch nicht weg; Sie sind wohl arbeitslos?“ „Ja.“ „Sie haben gebettelt?“ fährt sie rüchloslos fort. „Warten Sie mal einen Moment . . .“ Damit geht sie die Treppe wieder hinauf und kommt nach einigen Minuten mit einer Tüte voll Butterbrot und Äpfeln wieder herunter. „So, wenn Sie nochmals Hunger haben, kommen Sie wieder.“ Ehe ich ein Wort des Dankes sammeln kann, ist sie schon weg. Mit Weisung mache ich mich über die Türe her. Aber was bedeuten sie, wo ich zwei Tage nichts mehr gegessen habe. Nach ein paar Stunden ist der rasende Hunger wieder da. Also veruche ich es anderswo noch einmal. Ein Bettler bist du ja jetzt sowieso; was du bekommst, haben die andern in Ueberflus und Fülle; wie gerne würdest du es dir verdienen, wenn sie dir nur Arbeit gäben. Sie können doch nicht verlangen, daß du ihren Hunger verhungerst . . . Ich sitze wieder vor fremden Türen. Weder sinkt mein Mut. Mir unsagbar häßlichen Worten werde ich oft abgefertigt. Aber immer wieder werde ich aus Selbsthaltungstrieb in die Häuser hinein- gestochen und finde auch immer wieder mildtätige Hände.

So war ich den Tag treppauf, treppab gelaufen und hatte den schlimmsten Hunger gestillt. Ich war hundsmüde geworden, fand aber kein Unterkommen. Und wieder begann meine nächtliche Wanderung, Straßenauf, Straßenab. Ein feiner eisiger Sprühregen hatte mich ganz durchnäßt. Es war kalt. Der nasse Asphalt der Straßen glänzte im Laternenlicht. Ich lehnte mich an eine Laterne und begimme mühen im Regen zu schlafen. Es gelingt mir nur auf kurze Zeit; jeder Fußgänger weckt mich auf. Ich bin bis ins innerste Mark durchgefroren. Es mag ungefähr fünf Uhr morgens sein. Vor mir der Anhalter Bahnhof. Menschen gehen ein und aus, in ihrer warmen Mäntel

gehüllt. Aus den großen Fenstern des Bahnhofs fällt das Licht lodend auf die dunklen Straßen. Da drinnen ist Wärme und Ruhe. Ich möchte hinein. Deswegen werden sie dich doch nicht gleich bestrafen. Ich gehe die Treppe langsam hinauf. Der Dunst und die Wärme des Wartesaales schlagen mir einladend entgegen, sie überwinden in mir die letzte Scheu. An der warmen Heizung finde ich einen Stuhl, und von Wärme und Müdigkeit überwältigt, verfall ich in einen tiefen, todesähnlichen Schlaf.

„Se, aufpassen! Fahrkarte!“ Es dauerte eine Zeit, bis ich wach wurde. Vor mir stand ein Kriminalbeamter. Mein Herz schlug mir vor Schreck bis zum Hals. Und nun wiederholte sich daselbe wie vorgestern: hin zur Türe, dann zur Polizeiwache. Meine Kleider dampfen und kochen mir beim Gehen am Leibe; es war ein widerliches Gefühl. Auf der Polizeiwache wurde ich sofort erkannt. „Na, da sind Sie ja schon wieder; Sie werden eingekerkert.“ Bedäuft sehe ich auf der Britsche. Jetzt wirst du bestrast, jetzt ist alles aus. Stunde auf Stunde verging. Endlich raffelte ein Schlüssel. „Der Wagen ist da, — raus!“ Wieder standen Leute herum und starrten mich an; ich sah es schon gar nicht mehr.

Im Wagen saßen schon zwei Dirnen, die Zigaretten rauchten und mich freischend begrüßten: „Na, Kleener, immer in die Heilsarmee, immer ein in den Landauer!“ Eine sang: „Wir sind die Ruinen von Groß-Berlin, vom Spittelmarkt und vom Tauentzien.“ „Ruhe!“ rief der Beamte, und der Wagen rollte davon. Ich sah schüchtern in meiner Ecke und sah ängstlich auf die Frauenzimmer, wie sie seelenvergessen die Zigaretten rauchten und lustig waren. Für sie war es offenbar nichts Neues. „Na, Kleener, so still?“ fragte mich die eine. „Der hat die Hosen voll!“ rief die, die eben gesungen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Die Affäre Blumenstein.

Paris, 10. November. Die Affäre Blumenstein ist in beschäftigter außer der Pariser Polizei auch die Berliner, Londoner, Wiener und Budapest... In Paris wurde gestern bei einem verdächtigen Ausländer eine Hausdurchsuchung vorgenommen...

Zehn Jahre Sowjetrußland: Trotzki vor dem Ausschluß?

Moskau, 10. November. Die Presse veröffentlicht einen Beschluß des Büros des Moskauer Komitees der kommunistischen Partei der Sowjetunion, worin die Notwendigkeit des Ausschlusses Trotzki, Sinowjew, Kamenew, Smilgas und anderer Oppositionsführer aus der Partei...

Der Prozeß gegen Carols Vertrauensmann.

Bukarest, 10. November. Die Kriegsgerichtsverhandlung gegen den ehemaligen Unterstaatssekretär Manoilescu hat heute vormittag begonnen. In der Nähe der Kaserne, in der das Kriegsgericht tagt, waren nur wenige Neugierige zu sehen...

der Verteidigung der Standpunkt vertreten wurde, daß der Belagerungszustand illegal sei.

Bürgermeisterwahlen in England.

London, 10. November. Die gestern in über 300 Städten und Gemeinden abgehaltenen Bürgermeisterwahlen sind dadurch bemerkenswert, daß eine Anzahl von Frauen zu Mayors gewählt wurden. Liverpool ist die einzige Stadt in England, die einen weiblichen Lord Mayor gewählt hat...

urteilung infolge politischer und politisch-sozialer Motive beziehen. Zum Schluß kritisierte unser Redner die Ausführungen des Justizministers Dr. Mann-Harting im Budgetauschuß über die mangelhafte Systemisierung...

Der Kampf um die Sozialversicherung.

Große Demonstration in Olmütz.

Mittwoch nachmittags verließen um 3 Uhr die Olmützer Arbeiter die Betriebe und zogen in geschlossenen Zügen nach dem Kaiserhof-Platz zu einem vom Gewerkschaftsrat einberufenen Protestmeeting gegen die geplante Verschlechterung der Sozialversicherung...

Eine bemerkenswerte bürgerliche Stimme.

Die Auffassung, daß es sich bei den bürgerlichen Parteien bei der Novellierung der Sozialversicherungsgesetze nur um einen Akt politischer Rache an den Arbeitern handelt, wird nun durch einen bürgerlichen Fachmann bestätigt. Im Brünner Tagesbote schreibt nämlich Dr. Butschel:

Kein politischer Charakter haben die Bestimmungen der §§ 37 bis 48 der Novelle, von denen der § 39 die von den sozialistischen Parteien aufs schärfste bekämpfte Einführung der Parität zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Vorstand der Krankenversicherungsanstalten vorsieht...

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Samstag.

- Prog. 300, 11: Schallplattenkonzert, 11:35: Landwirtsch. Rundfunk, 12: Jellmann, Prekenschmidt, 12:05: Mittagskonzert, 12:05: Rundfunk für Industrie, Handel und Gewerbe, 13:30: Vorkonzert, 13:35: Vorkonzert, 13:35: Vorkonzert, 13:35: Vorkonzert...

Die Veratung der Sozialversicherungsnovelle. Wie die „Korrespondenz“ berichtet, wird der sozialpolitische Ausschuß des Abgeordnetenhauses in der zweiten Novemberhälfte zur Beratung der Sozialversicherungsnovelle einberufen werden. Angekündigt soll beabsichtigt sein, nach der Generaldebatte einen engeren Ausschuß einzusetzen, in dem nicht nur die Koalitionsparteien, sondern auch die Opposition vertreten sein soll...

Nationaldemokraten und Regierung. Das „Braun Bild“ meldet, daß Dr. Krawatz noch im Laufe dieser Woche die Ernennung des nationaldemokratischen Abgeordneten Matousei zum Handelsminister durchsetzen will. Der Posten des Handelsministers, den der Beamtenminister Dr. Veronka inne hat, war den Nationaldemokraten, die bei der Begründung des deutsch-tschechischen Bürgerbundes nicht gleich offiziell in die Regierung gehen wollten, schon damals zugesichert worden. Zeither haben die Nationaldemokraten schon wiederholt die Ernennung Matouseis durchzusetzen gesucht, bisher aber immer ohne Erfolg...

dieser Bestimmung in das Gesetz findet auch die Prekampaagne ihren vorläufigen Abschluß, die seit nahezu Jahresfrist in fast allen Koalitionsblättern mit größter Bestigkeit gegen die „roten Teufelchen“, die „Bastarden des Sozialismus“, als welche man die Krankenkassen bezeichnete, geführt wurde...

Politische Ziele verfolgt auch die in der Novelle vorgesehene Auflösung der Kassenverbände. Da selbst bürgerlich eingestellte Fachleute gegen die Regierungsnovelle Stellung nehmen, wird darüber gar kein Zweifel mehr herrschen können, daß die Regierungsparteien — einschließlich der Christlichsozialen, nichts anderes vertreten als das Interesse des Großkapitals.

Politische Ziele verfolgt auch die in der Novelle vorgesehene Auflösung der Kassenverbände.

Da selbst bürgerlich eingestellte Fachleute gegen die Regierungsnovelle Stellung nehmen, wird darüber gar kein Zweifel mehr herrschen können, daß die Regierungsparteien — einschließlich der Christlichsozialen, nichts anderes vertreten als das Interesse des Großkapitals.

Deutschland.

- Königsberg, 10.11.1927: 12:00: Balladen von Zähler und Wechsler, 12:15: Ulrichs, 16:00: Rundfunkkonzert, 17:00: Die Träger im Dienst der Allgemeinheit, 17:30: Besondere Probleme im Unterricht, 18:00: Konstruktives Element, 18:30: Französisch, 18:55: Englisch, 19:30: Geschichte der deutschen Sprache, 20:30: Hebertragung von Berlin, 21:00: Trautlofer, 21:15: „Zabara“, 21:30: Hölzer, 21:45: Tanschnitt, 22:00: Hölzer, 22:15: Tanschnitt, 22:30: Hölzer, 22:45: Tanschnitt.

Tages-Neuigkeiten.

Warum ich nicht Sozialist sein kann!

Erstens bin ich ausländisch erzogen, zweitens bin ich nicht wohnungslos, drittens ist mir mein Chef gewogen, und die Roten bei mir noch nicht so groß. Viertens muß ich meine Frau erst fragen, fünftens, was würden die Bekannten sagen? Sechstens der Chef, wenn der erfährt, daß ich das Parteiblatt abonniere! Siebentens arbeite ich jetzt im Afford, ich habe fastlich, Kollegen, mein Wort, keine Zeit in die Versammlung zu gehen! Achterns will das Zahlen mit lauer, und dann: auf mich kommt's noch nicht an! Ich halte es entsetzlich für fatal, man wartet, bis andere etwas getan, Neuntens — nur so im allgemeinen — ich bin mit mir selber noch nicht im reinen! Zehntens, oder soll ich nicht? Hier: Kinde, dort: Bräutigam, Pflicht. — Ich würde mich, glaubt mir, oft wie ein Durm, mir schwan, es kommt ständ' einmal der Sturm. Doch momentan, Kollegen, ich sage es ehrlich, halt ich die Sache für äußerst gefährlich! Trunt zehntens: Ich werde ein Sozialist, wenn euer Kampf siegreich beendet ist!

Unlauterer Wettbewerb in der Kindererzeugung.

In Rußland herrscht jetzt bekanntlich der Wahn, man müsse durch Aussetzung von Prämien den Kinderreichtum des Landes vermehren. Gewöhnlich werden in den einzelnen Kreisen 5000 Lire demjenigen Bürger verheißen, der innerhalb fünf Jahren die meisten Kinder kriegt. Ganz abgesehen davon, daß bei diesem Preisauschreiben nur dem Bürger Belohnung verheißen wird, während der Bürger, die ja beim Kinderkriegen schließlich auch dabei sein muß, gar nicht gedacht wird, sind fünf Jahre ein so langer Zeitraum, daß die an sich nicht unangenehme Tätigkeit des Kindererzeugens wenig sportliche Spannung besitzt. Um also auch diese sportliche Spannung herbeizuführen, hat der Bürgermeister des Dorfes Quabrelle bei Kaspel ein Preisauschreiben erlassen, das den Wettbewerb wesentlich modifiziert. Der allernächst soll er nicht mehr fünf Jahre, sondern nur noch neun Monate dauern. Dann kommt es nicht mehr auf die Anzahl der erzeugten Kinder an, sondern nur darauf, wessen Kind nach diesen neun Monaten als erstes geboren wird. In Konkurrenz treten dürfen nur eheliche Kinder. Diese Abstammung des Bürgermeisters hat Wunder gewirkt. Mehr als ein Dutzend Brautpaare meldeten sich noch am selben Tage beim Landesausschreiben, jags darauf kamen weitere zehn Bewerber. Das Rätschen, in welchem die Aufgebote schließlich durch acht Tage ausgehängt werden, war so überfüllt, daß ein zweites Referat schreiben benötigt werden mußte. Nach Verlauf der acht Tage erschienen der Gemeindevorstand und wollte die Dokumente wieder abholen, um sie dem Landesausschreiben zu übergeben. Aber o Zorn! Das eine Rätschen war samt Inhalt einfach gestohlen worden, das andere war zwar noch vorhanden, aber keine Zeile war eingedrückt, und auch hier hatte man, mit Ausnahme eines einzigen Aufgebots, alle übrigen unbenutzt. Natürlich mußten jetzt alle Aufgebote acht Tage „ausgehängt“ und nur der eine Glückliche durfte sofort heiraten. Zwar war es klar, daß er der Weisheit gewarnt und sich auf so unehrlichen Wege einen Vorsprung von einer Woche hatte erwerben wollen — er mußte dafür auch gleich noch dem Hochzeitsgast in den Arrest — aber an dem Preisauschreiben war nicht mehr zu rütteln. So den spekulativen Mann die „Konkurrenz“ nicht doch noch schlagen wird, muß abgewartet werden. Ehelich geborene Kinder müssen ja nicht auch ehelich gezeugt worden sein. Die acht Tage Verzögerung werden im Dorfe Quabrelle der Liebe keinen Abbruch tun.

Eine unterirdische Spiritusfabrik?

„Reverenz Oskó Szevo“ erfahren hat, ist es den staatlichen Finanzbehörden gelungen, auf die Spur großer Unterschleife mit unversteuerten Spiritus zu kommen, der insbesondere in einer modernen eingerichteten Brennerei mit einer durchschnittlichen Tagesproduktion von zehn Hektolitern erzeugt wurde. Außerdem wurde an einem anderen Orte eine geheime Spiritusraffinerie entdeckt. In die Affäre sind angeblich bekannte Personen verwickelt. Zur Aufklärung der Unterschleife kam es vor einigen Tagen, als es Kontrollorganen gelungen ist, in Weinberge drei Fässer mit 600 Liter unversteuerten Spiritus anzuhalten. Es wurde nach dem Ursprung dieses Spiritus geforscht und festgestellt, daß die Ware aus Kumburg abgehandelt war. Nach eifrigen Suchen gelang es festzustellen, daß in Kumburg eine geheime Spiritusfabrik, die mit den modernsten Einrichtungen versehen ist, existiert. Die Brennerei war unterirdisch unter einem Fabriksobjekt gelegen und es führte zu ihr ein geheimer Eingang. Der Spiritus wurde aus Melasse erzeugt und zwar in einer Menge von täglich zehn Hektolitern. Vorläufig wurden sechs Personen verhaftet, darunter auch der Direktor, der ein bekannter Sportsmann ist. Außerdem wurde in der nächsten Nähe von Prag und zwar in dem Stadtteil Pleso-Bystrka, der zwischen Troja und Stobitza gelegen ist, eine geheime Spiritusraffinerie entdeckt. Die Untersuchung ist im Gange.

Lohtkampf in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 10. November. (Eigenbericht.) Morgen findet in Berlin in allen Eisenwerkstätten eine Urabstimmung über einen Streik statt. Da die bisherigen Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden verlaufen sind. Der Metallarbeiterverband wird inzwischen noch die Schlichtungsinstanzen anrufen. Sollte es auch dann zu keinem befriedigenden Ergebnis kommen, dann wird der Streik der Formier unermidlich sein. Diese Bewegung dürfte dann aber einen Konflikt in der gesamten Berliner Metallindustrie hervorrufen, die mehr als 200.000 Arbeiter beschäftigt.

Der Fallschirm verlegt. Bei einem Flug eines Militärflugzeuges verlegte ein Motor in der Nähe von Amberthorne (England) der Motor. Der Flugzeugführer und der Beobachter sprangen aus 700 Meter Höhe mit dem Fallschirm ab. Da der Fallschirm des Flugzeugführers sich nicht öffnete, stürzte er ab und war sofort tot. Der Beobachter landete unverletzt. Die Maschine ist abgestürzt und verbrannt.

Kampf mit Jägerschützen. Die Blätter bringen aus Casablanca je längere Berichte über ein an der französisch-spanischen Demarkationslinie in Marokko verübtes Räuberstückchen. Ein Chauffeur stahl in Casablanca ein großes Rennautomobil mit dem er nach Tetuan fuhr, wo ihn zwei seiner Komplizen erwarteten. In der Nacht brach das Meerblatt in einige Jägerschäfte in Tetuan ein und raubte Provisionen im Werte von 450.000 Pesetas. Darauf künstelten die Räuber im Auto noch Fez und wollten nach Tetuan gelangen. Da der Diebstahl unterdessen bemerkt worden war, nahmen spanische Polizisten auf drei mit Maschinengewehren ausgerüsteten Automobilen die Verfolgung der Räuber auf und holten sie in der Nähe von Olfar an der französisch-spanischen Demarkationslinie ein. Es entspann sich ein heftiger Kampf, da die Räuber mit Munition versorgt waren. Schließlich wurden alle drei verwundet und mußten sich ergeben. Sie wurden nach Tetuan gebracht und dort in Haft genommen. Die spanische Polizei hatte beträchtliche Verluste zu verzeichnen. Drei Polizisten wurden getötet, vier verletzt. Die Provisionen wurden unter dem Degen und im Refektorium des Automobils verstreut.

Diamanten schmuggel. Am New Yorker Hafen wurde an Bord eines Dampfers ein Mann verhaftet, der sich der Polizei dadurch verdächtig machte, daß er bei keiner Steuern angemessen groß: Schuhe trug. Bei seiner Durchsichtung wurde festgestellt, daß er in den Schuhen Diamanten im Werte von über 1 Million Dollars verborgen hatte. Er wurde einem eingehenden Verhör unterzogen, welches zur Verhaftung weiterer vier Männer und einer Frau führte, in deren Schuhen die Polizisten Diamanten im Werte von 100.000 Dollars vorfanden. Die New Yorker Polizei ist überzeugt, daß alle diese Verhafteten nur lokale Agenten einer großen Schmuggelbande sind, deren Hauptquartier vor einigen Wochen in Antwerpen aufgedeckt wurde.

Zur Feuerversicherung von Gemeindegut. In der 31. Folge der „Verbandsorganen der deutschen Selbstverwaltungskörper in der tschechoslowakischen Republik“, welche am 1. November erschienen ist, befindet sich eine sehr interessante Zusammenstellung über die Feuerversicherung des Gemeindegutes. Die Zusammenstellung erstreckt sich auf 85 deutsche Gemeinden mit einer Versicherungssumme von 409.633.162 K und einer jährlichen Prämienleistung von 797.375 K. Diesen Summen stehen Schäden von 809.167 K gegenüber, welche in den Jahren 1914—1924 zur Auszahlung gelangt sind. Wie man aus dieser Aufstellung erkennen kann, sind an den Versicherungen die ausländischen Unternehmungen sowohl hinsichtlich der Versicherungssummen, als auch bezüglich der Prämienleistungen vorherrschend beteiligt. Unter diesen am meisten die beiden italienischen Gesellschaften, nämlich die Rinnione Adriatica di Sicurtà und die Assicurazioni Generali, jetzt Molodova Generali, welche nahezu ein Viertel aller Versicherungen auf sich vereinigen und denen mehr als 25 Prozent aller Prämienleistungen zufließen. Von den Gegenstandsversicherungen sind für Böhmen der St. Florian in Eger, für Mähren und Schlesien die Mährisch-schlesische Versicherungsanstalt in Brünn ausschlaggebend und erst in weitem Abstände folgen die kleineren Anstalten. Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper hat errechnet, daß bloß 10,15 Prozent aller eingezahlten Prämien den versicherten Gemeinden in Gestalt von Zuschüssen wiederum zufließen, während fast 90 Prozent dieser Prämien als Einnahme der Versicherungsgesellschaften zu betrachten sind.

Erdbeben in Italien. Wie die römischen Blätter zu berichten wissen, ist am 9. November um 18 Uhr 40 Minuten ein heftiger Erdstöß in Syrakus verspürt worden, der jedoch keinerlei Schaden angerichtet hat. „Corriere della Sera“ berichtet, daß ein Teil des Apennin von stärkeren und leichteren Erdstößen heimgesucht worden ist. In Tetonja wurde um 19 Uhr 15 Minuten die gesamte Bevölkerung durch ein überaus hartes Erdbeben in größte Aufregung versetzt. Mehrere große Häuser wurden hart beschädigt. Die Einwohner in der Stadt brachten die Nacht im Freien zu, da sich die Stöße während derselben immer wiederholten. Auch in der Nacht waren die Erdstöße deutlich zu verspüren.

Feuer auf der Alm. Auf der Eggeralm in Oberkärnten ist die erst neuentdeckte Untertunkstöhle durch Feuer verbrannt worden. Ein Holzstapel verbrannte und zwei andere wurden schwer verletzt.

Schneefall. Im Riesengebirge hat sich Donnerstag vormittags plötzlich Schnee eingestellt. Bis zu etwa 500 Meter Höhe beträgt die Schneehöhe 5 Zentimeter. Auf dem Rammeherrsch: 3 Grad und in den Vorbergen 1 Grad Kälte.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung. Nach den Mitteilungen des Statistischen Staatsamtes wurden im Juli 1927 10.259 Ehen geschlossen, 28.906 Kinder (davon 632 tot) geboren und es sind 17.168 Personen gestorben. Gegenüber dem Monate Juli 1926 ist heuer die Zahl der Eheschließungen um etwa 110 höher, die Zahl der Geborenen ging um 690 zurück, die der Gestorbenen um 350, so daß sich der natürliche Zuwachs um 310 verminderte und nur 11.116 Personen beträgt.

Das Wunder der Leinwand. Als Lindbergh nach seinem Fluganflug in Paris ankam, wurde sein Flugzeug bekanntlich von der einflussreichen Menge zum Teil zerstört. Von den Flugeln wurden Ketten abgerissen und als kostbare Reliquien doorgetragen. Ein schauer Mann hat es verstanden, sich den Lindbergh-Kummel zunutze zu machen. Er zeigte seinem Hausbesitzer ein Stück mit Del befestigter Leinwand und vertraute ihm unter dem Siegel der Verschwiegenheit an, daß es von Lindberghs Flugzeug kam. Der Hausbesitzer machte unter dem Siegel der Verschwiegenheit seinen Bekannten davon Mitteilung, und so erfuhr bald das ganze Stadtviertel unter dem Siegel der Verschwiegenheit von der Sache. Nun geschah, was der glückliche Besitzer des Leinwandstückes erwartete. Ein Lindbergh-Verächter kam zu ihm und fragte ihn, um welchen Preis ihm die Reliquie sei. Nach einem Widerstreben fand sich der Mann bereit, sie um hundert Franken herzugeben. Es währte nicht lang, und ein zweiter und ein dritter Verächter Lindberghs stellten sich ein, und auch sie wurden bestochen. Im Laufe von drei Monaten hat der schlaue Mann den gläubigen Reliquienkäufern mehr Leinwand verkauft, als zum Bau von fünf Flugzeugen nötig ist. Es war ein ähnliches Wunder wie das des Sprüzes Christi. Wie man weiß, würden ja die Splitter des Kreuzes, die in den verschiedenen Kirchen aufbewahrt werden, ausreichen, um mehrere Kreuze zusammenzusetzen. Die Fäulnis-Polizei glaubt aber an keine Wunder, wenigstens so weit sie Flugzeuge betreffen, und der Verkäufer der teuren Leinwandstücken wurde verhaftet.

Selbstmord einer Reichenbergerin in Wien. Mitwöch Ritterschaft hat sich in einem Wiener Hotel die 39jährige Private Mariette Liebig aus Reibitz bei Graz durch einen Schuß aus einer Revolverpistole selbst verlesen. Wie die Blätter melden, ist Mariette Liebig die Tochter des Franz Schütz aus Reichenberg. Sie lebte seit ungefahr 1 1/2 Jahren im Reichenberger Feldhof, woselbst sie eine Morprium-Unterwöschungsbau durchführte. Nach durchgeführter Kur zog sie dann in die Dienstwohnung des Hofratsprimarius Dr. Morawetz und lebte dort bis zu ihrer Reise nach Wien. In der Zeit ihres Feldhofer Aufenthaltes fälschte Mariette Liebig Rezepte des Arztes, fuhr nach Graz und beschaffte sich große Mengen von Morphin. Die Sache wurde entdeckt und das Verfahren wegen Fälschung gegen Mariette Liebig eingeleitet. Gestern früh erhielt die Gattin des Primarius Dr. Morawetz, die mit Mariette Liebig nach Wien gereist war, einen Brief ihres Gatten, daß der Direktor des Reichenberger Feldhof ihm Kommissare wegen des Aufenthaltes Franziska Mariette Liebig in seiner Dienstwohnung gemacht hätte sowie, daß die Hauptverhandlung in Angelegenheit der Fälschung der Rezepte an den 11. d. M. anberaumt sei. Dieser Brief gelangte in die Hände Mariette Liebig, welche erklärte, falls sie aus Feldhof wegziehen möchte, werde sie sich umbringen. Der Selbstmord erfolgte nach einem Theatersuche.

Das tschechoslowakisch-österreichische Vahynum soll nun zum 1. Januar 1928 wirklich aufgehoben werden. Ende November finden in Wien die Schlussverhandlungen darüber statt.

Eifersuchtsmorde. In Hindenburg (Ober-Schlesien) erschloß ein 27jähriger Arbeiter aus Eifersucht ein 15jähriges Mädchen, mit dem er ein Liebesverhältnis unterhalten hatte. Das Mädchen hatte ihre Gunst jedoch dem Grubenarbeiter Zofienz gewonnen und die Beziehungen zu ihrem bisherigen Geliebten gelöst. In seiner Eifersucht ergriff er nicht nur das Mädchen, sondern verlegte auch seinen Nebenbuhler durch einen Unterleibschuß schwer, worauf er sich selbst durch einen Schuß in die Schläfe tötete. — In Milspe bei Hagen erschloß der Arbeiter Paul Hiller seinen Freund Emil Düren, der im selben Hause wohnte. Zwischen Düren und Frau Hiller hatte sich in letzter Zeit ein Liebesverhältnis entwickelt, wovon Hiller Kenntnis erhielt. Die zur Rede gebrachte Frau legte ein Giftglas ab. Daraufhin drohte Hiller in die Wohnung Dürens und gab fünf Schüsse auf ihn ab, von denen vier trafen. Düren starb kurz nach seiner Entlassung ins Krankenhaus. Er war Sekretär des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Sittlichkeitsverbrechen eines früheren Czernowitzer Bezirkshauptmannes. Aus Baden bei Wien wird gemeldet: Der frühere Bezirkshauptmann von Czernowitz, Ritter von Mautner, welcher hier anlässlich ist, hat bereits vor einigen Jahren die Gerichte mit seinen Unsitlichkeitsaffären beschäftigt und wurde auch bereits einmal beim Kreisgericht Wiener-Neuwald wegen Verbrechens der Unzucht wider die Natur zu einer mehrmonatigen Arreststrafe verurteilt. Nun wurde die Badener Polizei durch eine Anzeige wieder auf das skandalöse Treiben Mautners aufmerksam gemacht und es wurde erhoben und durch Beobachtungen festgestellt, daß Mautner mit jungen Burken aus Badener Familien in seiner Wohnung Drogen feierte. Die Polizei hat die ganze Gesellschaft ausgehoben und dem Bezirksgericht überstellt.

Aus dem Königreich Bata.

Schrautenlose, gefekwidrige Behandlung der Angestellten. — Lehrlinge werden mit Ohrfeigen auf ihren „Beruf vorbereitet“. — Die Kunden kaufen „billige“ Schuhe.

Bata ist, wie er in seiner Zeitschrift und in der ihm zur Verfügung stehenden Presse immer wieder versichert, nicht nur ein Wohlwörter der Menschheit, sondern insbesondere ein Wohlwörter seiner Angestellten. Wie es in Wirklichkeit aussieht, sollen nachstehende Beispiele, die der Unterlegenermarke des Kreissekretariates des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr in Reichenberg entnommen sind, veranschaulichen.

Die Verträge mit den Angestellten.

Bata hat für seine Arbeiter und Angestellten das Himmelreich auf Erden geschaffen. Seine Angestellten können, wie er in seinen vor Menschenfreundlichkeit riesenden Veröffentlichungen immer wieder betont, außer dem fürstlichen Gehalt auch prozentuelle Anteile am Geschäftsumsatz erhalten. Diese Bestimmung sieht der in tschechischer Sprache vorhandene Vertrag auch vor. Es können darnach ein bis drei Prozent des Umsatzes, den ein Angestellter erzielt, diesem ausbezahlt werden. Aber schon der nächste Absatz dieses famoseren Vertrages sagt ausdrücklich, daß dieser prozentuelle Anteil am Geschäftsumsatz jederzeit geändert, auf gewisse Zeit oder auch ganz eingestellt werden kann, so daß es eben rechtlich keinen prozentuellen Anteil am Umsatz gibt. Tatsächlich erhalten die Angestellten diesen Prozentanteil in der Reichenberger Verkaufsstelle Bata's nicht ausgezahlt.

Bei Bata wird auch auf Ordnung geschaut. Wöchentlich einmal, und sonst je nach Bedarf, sind die Angestellten verpflichtet, in ihren Abteilungen Ordnung zu machen und eine Inventur aufzunehmen. Die Inventur wird in der Verkaufsstelle in Reichenberg immer Samstag abends nach Arbeitschluss vorgenommen und dauert bis in die späte Nacht hinein an, ohne daß die Angestellten die geleisteten Ueberstunden bisher vergütet erhielten. Die Inventur muß im Sinne des Vertrages ohne Fehler durchgeführt werden. Trifft man auf Fehler, dann hat der betreffende Angestellte eine Strafe bis zu 50 Kronen zu bezahlen. Ueberhaupt gibt's bei Bata allerhand Strafen. Kaufen zum Beispiel jemand ein Paar Schuhe, so erhält er vom Verkäufer einen Zettel, mit dem er bei der Kasse die Schuhe bezahlt. Auf diesem Verkaufszettel sind die vollständigen Adressen der Kunden aufzuführen, widrigenfalls dem Angestellten, der das nicht tut oder auch nicht tun kann, eine Geldstrafe aufgeschlüsselt wird. Die Strafen werden vom Prozentanteil oder vom Gehalte abgezogen. Der Angestellte ist nach dem Vertrage weiter verpflichtet, die Verkaufsstelle täglich nicht früher zu verlassen, bis seine Abteilung in vollkommener Ordnung ist. (Es gibt scheinbar für Bata keine gesetzliche achtstündige Arbeitszeit.) Jeder Verkäuferin obliegt aus Grund des Vertrages nicht nur die Verkaufstätigkeit, sondern auch die Lehr- und Aufzuchtungsarbeit. Besitzt eine Angestellte gegen die hier angeführten Vertragspflichten, so hat sie wieder eine Geldstrafe in der Höhe von 10 Kronen zu leisten, die angeblich demjenigen zufällt, der gezwungen ist, nun die Ordnung herzustellen.

Der Vertrag für die Geschäftsleiter

spotter ebenfalls jeder Beschreibung. Die Geschäftsführer Bata's werden nur auf Provision angestellt. Die übernehmen mit der Verkaufsstelle „unbedingt förmliches Personal“, befohlen aus ihren Provisionsbezügen alle mit der Führung der Verkaufsstelle verbundenen Regien und die Gehälter des Personals der Verkaufsstelle, während sich die Zentrale in Bata das Dispositionsrecht über das Personal der Verkaufsstelle vorbehält. U. u. A. Bata, die einen Staat im Staate zu bilden scheinen, glauben, sich nicht an die bestehenden Gesetze halten zu müssen. Das Pensions- und das Krankenversicherungsgesetz schreiben vor, daß 50 Prozent der Versicherungsbeiträge der Angestellte und mindestens 50 Prozent der Unternehmern zu tragen hat. Bata hingegen hat in seinem Vertrage, entgegen den gesetzlichen Bestimmungen, ausdrücklich festgelegt, daß die gesamten Versicherungsbeiträge für die Pensions- und Krankenversicherung des Geschäftsführers von diesem, also vom Angestellten selbst, aus seinem Einkommen zu entrichten sind. Die einhellige Kellame geht von Bata aus und steuert der Geschäftsführer aus seinen Provisionsbezügen wöchentlich zwei Promille seines Gesamtumsatzes bei. Außerdem ist der Filialleiter verpflichtet, ganz allein die örtliche Kellame Bata's zu bestreiten. Im Vertrag für die Filialleiter gibt es auch Strafen, Lagerzinsen auf nicht umgesetzte Waren und andere schöne Dinge.

Das Dienstverhältnis und die Behandlung der Angestellten

Bata's geben die hier kurz besprochenen Verträge die Grundzüge. Das Gesetz vom 19. Dezember 1918 über die achtstündige Arbeitszeit bestimmt in Paragraph 6, Abs. 4, über die Ueberstunden, um deren Bewilligung erst bei der Behörde angefragt werden muß, folgendes:

„Im Ganzen dürfen die Ueberstunden 20 Wochen oder 240 Stunden im Jahr nicht übersteigen.“

In der Reichenberger Verkaufsstelle aber müssen die Angestellten ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen, bis in die späte Nacht hinein Ueberstundenarbeit leisten, ohne dafür auch nur einen Heller als Entlohnung erhalten zu haben. Aus den begünstigten Akten des Kreissekretariates des Zentralverbandes der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr in Reichenberg geht hervor, daß die Verkäuferin M. während der Dauer von neun Monaten 530,5 Stunden über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus im Betriebe stand. Die Verkäuferin M. hat während derselben Zeit 580 Ueberstunden geleistet und der 16jährige Lehrling A. hat in drei Viertel Jahren sogar 685,5 Stunden über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus ohne Entschädigung im Geschäft gearbeitet. Das Gesetz sagt ausdrücklich, daß Jugendarbeit zur Nachtarbeit, d. i. nach 10 Uhr abends, nicht verwendet werden dürfen. In der Reichenberger Verkaufsstelle Bata's wurde der damals erst 15jährige Lehrling A., der, wie die meisten übrigen Angestellten in diesem Betriebe, eine zehn bis zwölfwündige tägliche Arbeitszeit hatte auch zur Nachtarbeit verwendet.

Derselbe Lehrling erhielt wegen eines geringfügigen Grundes von einem leitenden Beamten Bata's sogar drei Tage in der Pflegenotzeit des Lehrlings diesen Beamten deshalb gerichtlich belangt wollte und der Lehrling hiervon den Geschäftsführer in Kenntnis setzte, drohte ihm dieser, statt den Lehrling gegen derart brutale Uebergriffe in Schutz zu nehmen, mit der sofortigen Entlassung.

Eine andere Verkäuferin wieder wird ohne jeden Grund und ohne Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist entlassen. Ihr hat man auch lange vor der Entlassung ihre Provision à Conto eventueller Strafen vorenthalten. Also ohne eine „strafbare Handlung“ im Sinne des famoseren Vertrages begangen zu haben, behält man die Provision für eventuell einmal entstehende Strafen zurück.

Die Weihnachtremuneration, auf die im gegebenen Fall ein klagbarer Anspruch besteht, wurde den gekündigten, beziehungsweise entlassenen Angestellten nicht ausgezahlt.

Warum ein Lehrling fristlos entlassen wird?

Der Anklageschrift und einem von einer Verkäuferin an Bata direkt geschriebenen Beschwerdebrief ist zu entnehmen, daß außer dem mit normalen Preisen versehenen Schuhen auch noch sogenannte Partiwaren (auf der Schuhsohle mit einem „B“ versehen), das heißt fehlerhafte Schuhe in den Filialen verkauft werden. Diese fehlerhaften Schuhe, die aus Bata um zehn Kronen bis 50 Kronen pro Paar billiger geliefert werden, sollen natürlich auch dem Käufer um diesen billigeren Preis verkauft werden. Das ist aber zum Beispiel bei der Reichenberger Verkaufsstelle Bata's nicht der Fall. So wurde zum Beispiel die Schuhgattung 6635 C, die auf 29 Kronen und 39 Kronen abgemessen waren, um 69 Kronen (also mindestens 30 Kronen pro Paar teurer) verkauft. Brotschneide zu 29 Kronen wurden um 69 Kronen an die Kundschaft weitergegeben. Die fehlerhafte Schuhgattung (Herrenschuh mit Gummi-sohle) 4637—26 B, die 99 Kronen kosten sollten, wurden mit 109 Kronen verkauft. Die Verkäuferin, die den fehlerhaften, mit einem „B“ versehenen Schuh in die Hand bekommt, probiert ihn dem Käufer an, traktiert dann, wie einem Beschwerdebrief an Bata zu entnehmen ist, den tatsächlichen Preis mit dem Schuhlöcher aus und verkauft diesen fehlerhaften Schuh zum vollen Preis. Für diese Tat gibt's von der Geschäftsleitung zwei Kronen Provision.

Als eine Verkäuferin diesen Sachverhalt nach Bata berichtete, wurde eine Kontrolle vorgenommen, bei welcher der Lehrling A. diese Tatsachen wahrheitsgemäß dem Kontrolleur am 15. Oktober bestätigte. Ordnungshalber verständigte der Lehrling unter dem 17. Oktober auch die zuständige Direktion in Bata und am 21. Oktober wurde der Lehrling, der die Wahrheit bestätigte, fristlos entlassen. . . .

Der Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr hat nicht verfehlt, die Behörde auf diese Mißstände aufmerksam zu machen. Er wird auch dafür Sorge tragen, daß die betreffenden Angestellten in ihren gesetzlichen Rechten nicht geschmälert werden. Diese wenigen Beispiele aus dem umfangreichen, uns zur Verfügung stehenden Material beweisen aber, daß auch die Bata-Angestellten alle Ursache haben, sich mehr um ihre Interessen zu kümmern, die gewahrt werden im

Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr.

Liebestragödie in Berlin. In der Nacht zum Mittwoch vergifteten sich in Berlin ein 31 Jahre alter Bauunternehmer und eine 30 Jahre alte Dienstmädchen im Kontor der Baufirma durch gegenseitigen Glycerinvergiftung...

50.000 Eier verbrannt. In der Umgebung von Mailand geriet ein Postauto, das 50.000 Eier vom Lande nach der Stadt beförderte, in Brand...

Eine Hunderschäferin. In Emden bei Emden konnte eine Frau ihren 106. Geburtstag in völliger körperlicher Rüstigkeit begehen...

Wilderertragsfälle. In der Nähe des Ortes Gammelsloh bei Strahlen (Schlesien) entspann sich nachts im Walde ein Kampf zwischen dem Förster Friedrich und zwei Wilderern...

Änderung im Personenjugoverkehr. Infolge der Rekonstruktion über die Fier fährt Zug 1103 von Balov n. Jiz. am 16. November d. J. um 10 Minuten früher...

Gewerbeinspektion.

Die Gewerbeinspektion in der Tschechoslowakei ist, daran ist nicht zu zweifeln, sehr mangelhaft. Aus dem Voranschlag des Ministeriums für soziale Fürsorge für das Jahr 1927 ist zu entnehmen, daß der Dienst der Gewerbeinspektion ausschließlich des Zentralgewerbeinspektorates von 11 Beamten der verschiedenen Rangsklassen besetzt wird...

Die großen und die kleinen Unternehmer wissen naturgemäß diese Sparbarkeit des Ministers für soziale Fürsorge gebührend einzuschätzen und richten sich daher darauf ein...

Nach dem veröffentlichten Bericht gab es in der Tschechoslowakei 87.198 unfallversicherungs-pflichtige Betriebe; darunter 11.619 fabrikmäßige. In den Gewerbeinspektoren wurden 27.603 unfallversicherungs-pflichtige Betriebe besichtigt...

In der ganzen Republik sind die Gewerbeinspektoren im eigenen Wirkungskreis in 2877 Fällen gegen Unternehmer wegen Uebertretung der gesetzlichen Vorschriften und sonstiger Betriebsverhältnisse eingeschritten...

Ohne den Gewerbeinspektoren persönlich nahe treten zu wollen, darf man es doch wohl aussprechen, daß die Gewerbeinspektoren bei ihren Inspizierungen nur einen Bruchteil der tatsächlich vorgefallenen Uebertretungen von Arbeiterschutzbestimmungen und der vorhandenen Uebertätigkeiten gefast, bezw. gerügt haben...

Vor allem berichten die meisten Gewerbeinspektoren, daß die Leistung der Arbeiter im allgemeinen jene der Vorkriegszeit nicht nur erreicht, sondern überschritten hat. Diese Steigerung der Leistung war indessen mit keinerlei Lohnerhöhungen verbunden...

Bei der Besprechung der Arbeitszeit wird bemerkt, daß in den fabrikmäßigen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit in einem weit größeren Maß eingehalten wird, als in den kleingewerblichen Betrieben...

Sehr starke Uebertretungen der achtstündigen Arbeitszeit werden von den Ziegeleien berichtet, wo der Arbeitstag beim Sonnenaufgang beginnt und bis zum Sonnenuntergang dauert...

Ein ganz besonderes Kapitel sind aber die bewilligten Ueberstunden. In den Betrieben, die der Aufsicht der Gewerbebehörde unterliegen, wurden im Jahre 1925 44.505.292 Ueberstunden bewilligt, und zwar für 244.775 Arbeiter...

Ansonsten wurde auch wiederholt festgestellt, daß in Gewerbetreibenden, Bäckereien und anderen Betrieben nur jugendliche Arbeiter zur Nachtarbeit herangezogen wurden. Klagen über janitorische Zustände und unzulängliche Betriebsstätten sind in den Kleinbetrieben zahlreicher...

betreffenden Niederlage beschäftigten Arbeitern kein Abort zur Verfügung steht. Die verrichtete Arbeit in ein Fach, welches auf den Dachboden platziert wurde.

Ueber die allgemeinen Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter äußern sich von 29 Gewerbeinspektoren nur neun. Also zwei Drittel aller Gewerbeinspektoren sind die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter fremd...

Aus den Berichten der Gewerbeinspektoren kann man auch entnehmen, daß die Durchführung des Gesetzes betreffend die Arbeitserlaubnis in den fabrikmäßigen Betrieben auf keinen so starken Widerstand stößt als bei den kleingewerblichen...

Gerichtssaal.

Ein junges Mädchen wegen Raubes vor den Geschworenen.

Prag, 10. November. Der ungewöhnliche Fall, daß ein junges Mädchen wegen Raubes sich vor den Geschworenen zu verantworten hatte, ereignete sich heute vor dem hiesigen Landesgerichte...

Die Vorgeschichte des Falles ist folgende: Die Kontoristin, die sich in einer prekären finanziellen Lage befand, weil sie etwa acht Monate steckenlos ist und überdies in Schulden stuf, trat am kritischen Tage an das Mädchen, welches den Geldebetrag in seinem Handtäschchen trug...

Die Angeklagte gab den Tatbestand im Wesentlichen an und redet sich auf ihre verzweifelte Lage aus, weil sie auch obdachlos war. Die Gerichtsarzte stellten fest, daß die A. aus einer erblich

argumentiert der Gewerbeinspektor von Trenschin, „notwendig sein, die gewerblichen Genossenschaften mit zur Mitarbeit heranzuziehen.“ Dieser Gewerbeinspektor glaubt also daran, daß es möglich ist, daß man einem Ziegenbock die Funktion eines Gärrners anvertrauen kann.

Ansonsten berichten die Gewerbeinspektoren, daß sowohl in den fabrikmäßigen als auch in den gewerblichen Betrieben die 14tägige Kündigungsfrist fortwährend abgeschafft wird. Bei der Annahme der Arbeit müssen die Arbeiter nämlich vorher unterschreiben, denen zufolge sie jederzeit ohne Kündigung oder mit einer Frist von wenigen Tagen entlassen werden können...

Sehr beachtenswert ist jedenfalls auch die Wahrnehmung einiger Gewerbeinspektoren betreffend die Institution der Betriebsausschüsse. In dieser Beziehung wird berichtet, daß selbst in großen Fabriken, wo einige hundert Arbeiter beschäftigt sind, bis nun noch keine Betriebsausschüsse gewählt worden sind...

Die Berichte der Gewerbeinspektoren enthalten zweifellos nur einen schwachen Abriß der grausamen Wirklichkeit. So unzulänglich wie auch den gesamten Gewerbeinspektionsdienst finden, haben wir dennoch die Ueberzeugung, daß so manches anders sein könnte, als es uns die Berichte der Gewerbeinspektion schildern...

Abgeordneter Harus verurteilt.

Prag, 10. November. Wir haben bereits einmal über den Zusammenstoß berichtet, den der kommunistische Abgeordnete Jan Harus, geboren 1892, zunächst nach Prag, am 11. Juni nach Beendigung der Manifeftation am Hradčanyplatz mit der Polizei hatte...

Der Abgeordnete erklärte, daß er nicht wisse, daß ein Abgeordneter vor ihm stand. Harus verurteilte demnach die Verurteilung des Abgeordneten zu vierzehn Tagen Arrest, und zwar nur wegen tatsächlicher Mißhandlung. Die bedingte Verurteilung hielt sich der Senat nach Einziehung der notwendigen Unterlagen vor.

Chlorodont

die herrlich erfrischende Zahnpaste

beseitigt unangenehmen

Mundgeruch

Kleine Tube KČ 4— grosse Tube KČ 6—

Volkswirtschaft.

Für den Schutz des Lebens der Eisenbahner.

Automatische Kuppelung und Unfallverhütung.

Auf der nächsten

Internationalen Arbeitskonferenz

wird als einer der beiden Punkte der Tagesordnung nicht nur allgemein „Die Verhütung von Arbeitsunfällen“ zur Sprache kommen, sondern es sind dabei speziell auch die Unfälle inbegriffen, die sich bei der Kuppelung der Wagen im Eisenbahnbetrieb ereignen.

Die Hervorhebung dieser speziellen Unfallform hat ihre besondere Bedeutung. Seit Jahrzehnten schon setzen sich nämlich die Eisenbahner aller Länder Europas dafür ein, daß die gegenwärtige Kuppelung, mit der große Gefahren verknüpft sind, durch die automatische Kuppelung ersetzt wird, wie sie in einzelnen außer-europäischen Ländern schon lange eingeführt ist. Obwohl in der Tagesordnung der Arbeitskonferenz von der „automatischen“ Kuppelung nicht speziell gesprochen wird, ist es angesichts der im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes in dieser Angelegenheit geführten zahlreichen Besprechungen deutlich, daß die Frage der automatischen Kuppelung im Mittelpunkt der Besprechungen stehen wird. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die im Jahre 1923 auf der Arbeitskonferenz vorgeschlagene und einstimmig angenommene Resolution von Schürch, die folgenden Wortlaut hat:

„In Anbetracht der Bedeutung, welcher der Wagenkuppelung im Hinblick auf die Sicherheit der Eisenbahnarbeiter zukommt, ersucht die fünfte Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz den Verwaltungsrat, bei den Regierungen und den internationalen technischen und beruflichen Organisationen über die automatische Kuppelung Erkundigungen einzuziehen, um zu bestimmen, ob im Interesse der Arbeiter eine internationale Regelung dieser Angelegenheit wünschenswert ist.“

Da sich die Transportarbeiter-Internationale schon auf ihrem im Jahre 1905 in Mailand abgehaltenen Kongress für die automatische Kuppelung ausgesprochen hat, diese Forderung später von verschiedenen Gewerkschaftskongressen, so in Bern in den Jahren 1917 und 1919, in Amsterdam im Jahre 1919 und in Wien im Jahre 1924, wiederholt wurde, und die Transportarbeiter-Internationale bei keiner Gelegenheit veräußert, auf diesen Punkt besonderen Nachdruck zu legen, so liegen dafür wohl triftige Gründe vor.

Diese Gründe müssen in der

gewaltigen Zahl der Unfälle bei der nicht-automatischen Kuppelung

geachtet werden. Sie ist so groß, daß der Präsident der Vereinigten Staaten, als er seinerzeit das Gesetz betr. die automatische Kuppelung ankündigte, von „Leibes- und Lebensgefahr“ sprach, die ebenso groß ist, wie jene, die einem Soldaten im Kriege droht.“

Diese Tatsache mag nachstehend an Hand einiger den Publikationen der Transportarbeiter-Internationale und des Internationalen Arbeitsamtes entnommenen Zahlen illustriert werden. In Deutschland gab es in der Periode 1913—1922 im Eisenbahnbetrieb insgesamt 7685 Unfälle mit tödlichem Ausgang, wovon 1210 oder 15,6 Prozent infolge von Unfällen bei der Kuppelung. Die Gesamtzahl der Unfälle betrug 14.517, wovon 1901 oder 13,1 Prozent bei An- und Abkuppeln. Von allen im Jahre 1921 in Deutschland im Eisenbahnbetrieb vorgekommenen tödlichen Unfällen fanden 27,01 Prozent beim Rangieren statt; die Anzahl der Verletzten betrug 28,20 Prozent. In Frankreich betrug die Anzahl der Unglücksfälle beim An- und Abkuppeln in den Jahren 1908—1913 433, während die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang per 1000 Eisenbahnangehörige 9,76 Prozent erreichte. In England betrug die Zahl der Unfälle beim An- und Abkuppeln in den Jahren 1921—22 1754, in der Schweiz in den Jahren 1913—1922 durchschnittlich 162. In Holland betrug der prozentuale Anteil des Rangierpersonals an allen Unglücksfällen in den Jahren 1917, 1918, 1919 und 1920 je 43, 59, 77 und 69 Prozent. In Schweden entfielen auf das Rangierpersonal in den Jahren 1919—1922 1629 von 8707 Unglücksfällen, davon 38 von 95 mit tödlichem Ausgang. Diese Zahlen sind sicherlich eine traurige Illustration der Gefahren, denen das Rangierpersonal dauernd ausgesetzt ist. Die I.A.T. bemerkt, daß die genannten Zahlen im allgemeinen nur die Mindestzahl der beim An- und Abkuppeln vorkommenden Unglücksfälle wiedergeben. Denn sie betreffen nur die Unglücksfälle, die direkt beim Kuppeln vorkommen und nicht jene,

die im Zusammenhang damit aus dem ganzen System resultieren.

Daß die automatische Kuppelung für den Eisenbahner eine viel geringere Gefahr bedeutet, beweisen die Unfallziffern in den Ländern, wo sie nun eingeführt ist, nämlich in den Vereinigten Staaten, Kanada, Mexiko, Natal (Südafrika), Japan, China, Formosa, Korea, Süd-Mandschurei und (teilweise) Indien.

Zur Zeit befaßt sich auch die Internationale der Eisenbahner mit der Frage der automatischen Kuppelung. Denn vor der Einführung des neuen Systems ist ein

gemeinsamer Beschluß aller Staaten nötig.

Die am zwischenstaatlichen Wagenaustausch teilnehmen. „Bei diesen Staaten“, heißt es in einer Publikation des Internationalen Arbeitsamtes, „ist die Neigung zu Neuerungen, von denen mindestens eine vorübergehende Störung des normalen Wagenverkehrs befürchtet wird, naturgemäß gering, ganz abgesehen davon, daß sie auch die erheblichen, mit den Änderungen verknüpften Kosten scheuen.“

Es wird nun Aufgabe der Arbeiterdelegierten der Internationalen Arbeitskonferenz sein, zu zeigen, daß gerade jetzt, wo allgemein rationalisiert und alles getan wird, um Zeit und Kosten zu sparen, auch endlich der Verschwendung von Menschenleben ein Ziel gesetzt wird.

Wer ist künftighin pensionsversicherungs-pflichtig?

Die ministerielle Kommission für die Novellierung der Pensionsversicherung, die seit vier Jahren das neue Pensionsversicherungsgesetz vorbereitet, hat bis nun 4 Fassungen des § 1, welcher den Umfangkreis der zukünftigen Pensionsversicherung regelt, angenommen.

Der ursprüngliche Antrag vom Jahre 1925 entsprach teilweise den Forderungen der Versicherer, doch wurde später, und zwar im Monat Juni 1927, ganz besonders aber in der Sitzung am 8. Oktober 1927, eine Abänderung des Art. 1 vorgeschrieben. Diese Abänderung bedeutet die Ausschließung von wichtigen, heute versicherten Angehörigenkategorien.

Ganz besonders wurde zum Beispiel im Handelsgewerbe die Versicherungspflicht an den Verkauf von Waren gebunden und in der Industrie bedeutet z. B. die Bindung der Zulieferungs- und Beaufsichtigungstätigkeit eine Gefahr für diejenigen Industrieangestellten, welche nicht gleichzeitig beide dieser Funktionen ausüben.

Die ursprünglichen Bestimmungen, welche z. B. die Zeichner, Farber u. dgl. betreffen, wurden teils verschlechtert, teils überhaupt ausgelassen.

Die Versicherten sehen in ihren Abänderungen diese gefährlichen Stellen des § 1 ab, weshalb die Sitzung der ministeriellen Kommission am 3. November einige Bestimmungen auf Grund der Anträge des Abg. Klein und des Vizepräsidenten der Allgemeinen Pensionsversicherungsanstalt Otto Lauffel zugunsten der Versicherten geändert hat, wenn auch noch eine ziemlich Anzahl, ganz besonders der Industrieangestellten nicht konkret im Umfangkreis der neuen Versicherung umschrieben erscheint. Es besteht daher auch weiter die Gefahr, daß im Sinne des heutigen Gesetzes, ja sogar nach der geltenden Judikatur Pensionsversicherungs-pflichtige aus dem neuen Gesetze ausgeschlossen werden. Weder die ministerielle Kommission noch einzelne Personen können in dieser Richtung Erklärungen irgendwelcher Art abgeben, da nur die einzelnen Bestimmungen und Anträge zur Abstimmung gelangen und das protokollarisch festgelegte Stimmenverhältnis dient als Richtlinie für den Entwurf.

Die Arbeiter Schwedens an die Sowjetregierung.

Der Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie hat der Russischen Botschaft in Stockholm mit der Bitte um Weiterleitung nach Moskau folgendes Telegramm übermittelt: „An dem 10jährigen Jubiläum der Errichtung der Sowjet-Union können wir es nicht unterlassen, gegen die Begrenzung der aus Anlaß dieses Festes erlassenen Amnestie zu protestieren. Sie schließt die politischen Gegner aus, die den Sozialismus auf dem Wege der Freiheit und der Demokratie verwirklichen wollen und die im Kampfe für diese Ueberzeugung mit der in Sowjet-Russland diktatorisch herrschenden Gruppe in

Konflikt geraten sind. Wir fordern, endlich auch den Willen zur Versöhnung zu zeigen durch Erweiterung der Amnestie auf diese politischen Gefangenen und damit den Forderungen, die von der westeuropäischen Arbeiterschaft aus Rechtsgedühl gestellt werden, umgehend entgegenzukommen.“

Eine Antwort ist auf dieses Telegramm nicht erfolgt.

Bereinsnachrichten.



Touristenverein „Die Naturfreunde“, Ortsgr. Prag, Sonntag, 13. November: Abf. 7.10 Uhr, Zmichower Bf., nach Beraun—Böde mit den tschechischen Arbeiter-Touristen.

Kunst und Wissen.

Hans Duhan veranstaltet am 12. d. in der Börsen-Vierabend. Am Programm: Hugo Wolff, Brahms, Beethoven, Liszt, Grieg, Schumann, Liszt, und Kowalki (Pierrot Lunaire). Am Klavier H. M. Schwarz. Karten bei Wegler, Truhlar, Tepna.

Pepa Barton gibt am 11. d. im Smetanosaale ein Konzert. Am Programm: Mozart, Tschaikowski, Pugnani, Kreisler, Hubay.

Die Wiener Philharmoniker veranstalten am 5. und 6. Dezember in der Lucerna zwei Konzerte. Das erste dirigiert Franz Schalk, das zweite Erich Kleiber. Karten im Vorverkauf.

Der Schiller-Preis 1927. Wie der „Amtliche Preussische Pressebericht“ mitteilt, hat die zur Verleihung des Schiller-Preises berufene Kommission, bestehend aus Ludwig Fulda, Gerhart Hauptmann, Friedrich Kayser, Heinrich Lilienfeld, Walter von Molot, Professor Julius Peterjen und Wilhelm von Scholz, dem preussischen Staatsministerium als gemeinsame Träger des Schiller-Preises die Dichter Hermann Burte, Fritz v. Unruh und Franz Werfel vorgeschlagen. Das Staatsministerium hat diesem Vorschlag entsprochen.

Margarete Hönel, die bekannte Prager Geigerin, eine Schülerin Prof. Willy Schneewas, welche im heurigen Jahre die Violoncellklasse der Deutschen Prager Musikakademie mit glänzendem Erfolge absolvierte, befindet sich, wie wir hören, schon seit mehreren Wochen auf einer Konzert-Tournee in Schweden und hat dort in den verschiedensten Städten eine große Reihe von Konzerten mit außerordentlichem Erfolg absolviert. In Begleitung Fr. Hönel befindet sich die Pianistin Friederike Schwarz, eine Schülerin Romeo Finkes, deren Talent und künstlerische Reife die größte Anerkennung bei Publikum und Kritik findet.

Als nächste Novität im Schauspiel ist die Komödie „Die Spunzle“ von Max Brod und Hans Regina v. Rad in Vorbereitung. Das Werk wird zuerst im Neuen Deutschen Theater aufgeführt. — Für die Kleine Bühne wird die dreiaktige Komödie „Der Lampenschirm“ von Curt Goetz vorbereitet.

Spielplan des Neuen Deutschen Theater. Freitag, 7 Uhr: „Aida“ Samstag (34—2), 7 1/2 Uhr: „Zwölftausend.“ Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr: „Herbstmandver“; 7 1/2 Uhr (36—4): „Madonna am Biesenjaun.“ Montag (37—1), 7 Uhr: „Walzertraum.“

Spielplan der Kleinen Bühne. Freitag: „Kullu.“ Samstag: „Oly-Polly.“ Sonntag, 3 Uhr: „Seidenstrümpfe“; 7 1/2: „Zwölf-tausend.“ Montag: „Amphytrion.“

Turnen und Sport.

Verbeaktion für den Arbeitersport in Finnland. Der finnische Arbeiter-Sportbund hat den durch seine rege Arbeit für den internationalen Arbeitersport und die Luzerner Sportinternationale unter den Arbeitersportlern aller Länder bestens bekannten Genossen Kostiainen als Agitator auf ein halbes Jahr angestellt. Kostiainen ist ein vorzüglicher Redner, ein Organisator mit Weitblick und ständiger Teilnehmer auf internationalen Arbeitersport-Tagungen. Im schwedisch sprechenden Teil Finnlands ist Genosse Anderson seit einem Monat tätig. Gründungen von fünf Vereinen sind neben der Belebung der schon bestehenden seine ersten Erfolge. Auch der ehrenamtlich tätige Bundesvorsitzende steht vor dem Antritt einer längeren Agitationstour.

Belgisches Bundesfest 1928. Das nächste belgische Bundesfest wird am 11. und 13. August des kommenden Jahres in Brüssel stattfinden. Es wird ein großes Fest werden. Allein der Kreis Lüttich gedenkt, mit 10.000 Sportlern und Jugendlichen teilzunehmen.

Wiener Naturfreunde auf der internationalen Ausstellung in Kanada. Zur großen internationalen Ausstellung in Ottawa, die von 23 Ländern besucht wurde, erreichten fünf Mitglieder der Wiener Gruppe der Wiener Naturfreunde ihre Zulassung. Sie stellten 19 Aufnahmen aus und fanden Anerkennung für ihre gute Arbeit. Ein schöner Erfolg.

Gründung eines Ganes Frankreich der proletarischen Naturfreunde. Die wachsende Ausbreitung der Naturfreunde-Bewegung ließ die Vertreter der französischen Ortsgruppen in Mühlhausen zusammenkommen und die Gründung eines eigenen Ganes beschließen. Als Sitz der Gantleitung wurde Mühlhausen bestimmt.

Fußball.

N.F.V. „Vorwärts“ Rumburg II. Junioren gegen F. T. Oberwies i. Sa. 5:1.

Arbeiter-Turn- und Sportverein „Vorwärts“ Rumburg II. gegen Arbeiter-Turn- und Sportverein „Vielka Ia b. Bodenbach 1:2.

Arbeiter-Turn- und Sportverein „Vorwärts“ Rumburg I. gegen Arbeiter-Turn- und Sportverein Wardenorf I. 5:1.

Leichtathletik.

Ein Leichtathletikausschuss für alle Verbände des K.K. Das ist der Weg, den die Delegierten der einzelnen Verbände dem K.K. wiesen, um die Hebung und einheitliche Bearbeitung der Leichtathletik im österreichischen Arbeiter-Sportlager zu erreichen. Durch den K.K.-Vorstand wird noch im November die Konstituierung des Ausschusses erfolgen, in den Fachmänner aller an der Leichtathletik interessierten Verbände berufen werden.

Die Schweizer Leichtathleten im Hallentraining. Der freien Entwicklung der schweizerischen Leichtathletik steht trotz manchen Erregungswürdigen u. a. der Mangel an Übungsstoff für den Hallenbetrieb als Hindernis entgegen. Ein Kreisverband in Basel, Bern und Zürich soll darin Besserung bringen. Zu diesen Kreisen beruft der Schweizer Arbeiter-Turn- und Sportverband aus jedem Kreis 5 der tüchtigsten Leichtathleten, die befähigt sind, dann in den Vereinen das Hallentraining zu leiten.

Herausgeber: Dr. Ludwig Czich
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub,
ruch Deutsche Arbeiter-Vereins-Gesellschaft in Prag.
Für den Druck verantwortlich: Otto Götzl, Prag.
Die Zeitungsmaschinenfabrik wurde von der Dohla-Verlags-
direktion mit Erl. Nr. 127.451/VII/27 am 11. Mai 1927 bewilligt.

KINO-PROGRAMM

Vom 11. November bis 17. November

Wran Urania-Kino
Einziges deutsches Kino Prag. Tel. 3.129
„Die Czardasfürstin“
mit Liane Haid u. Oskar Marion

LIDO 110
„Die Waise v. Lowood“
In 7 Akten mit Eveline Holt und Olaf Foss.

Wo verkehren wir?

Café „Continental“, Prag, Graben

Gastwirtschaft
LIDOVÝ DŮM
der Genossenschaft Ganymed
Täglich Konzert. PRAG II., Hübnerska Nr. 7

Café „Nizza“
Kgl. Weinberge, Fochova 27.
Unser Stammlokal

DRUCK- U. VERLAGSANSTALT
GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG

empfehlen sich den p. l. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kaufleuten zur Herstellung von Druckschriften wie: Tabellen, Büchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitteilungsbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren usw. in solider und rascher Ausführung. Setzmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

IN TEPLITZ-SCHONAU
TISCHLERGASSE NR. 6.